



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Patrick Schäfli, FDP: Sanierung der Kantonsfinanzen: Umgestaltung der Defizitbremse und weitere Massnahmen dringend nötig!

Autor/in: [Patrick Schäfli](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 20. Oktober 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Finanzlage des Kantons Basel-Landschaft ist sehr besorgniserregend. Das von der Regierung vorgelegte Sanierungspaket ist bereits von vielen Seiten in Gefahr. Wie die Vernehmlassungsantworten und Ausserungen der Linken/SP und einzelner Regierungsräte zeigen, besteht die grosse Gefahr, dass das Sparpaket zerfleddert wird. Ganz offensichtlich fährt die Linke die Strategie, das Sanierungspaket an die Wand zu fahren, um so die von der SP lange beabsichtigten Steuererhöhungen über die automatischen Mechanismen der Defizitbremse zu erzwingen. Dagegen muss man sich wehren. Auch werden die Sparbemühungen vermutlich nicht ausreichen, da einige Vorschläge im Landrat voraussichtlich keine Mehrheit finden werden. Überdies hat die Regierung mit der beschönigenden Budgetierung 2012 von kaum zu erwartenden hohen Nationalbankerträgen die Finanzlage erneut zu optimistisch dargestellt.

Die Regierung wird daher aufgefordert, einen Vorschlag zur Umgestaltung der Defizitbremse mit vorübergehenden oder teilweisen Ausserkraftsetzung des gefährlichen Steuererhöhungsautomatismus vorzulegen. Bei der Defizitbremse und ihrem Mechanismus war man seinerzeit davon ausgegangen, dass im Landrat bürgerliche Parteien über eine klare Mehrheit verfügen und daher der Steuererhöhungsmechanismus präventiv wirkt. Durch die diffuse neue Mitteallianz haben sich jedoch die Gewichte verschoben. Damit wurde dem Stimmvolk die abschliessende Kompetenz zum Entscheid in Fragen des Steuerfusses teilweise entzogen, was dringend wieder geändert werden muss.

Weiter muss die Regierung einen Plan "B" mit den entsprechenden ausdrücklichen Konsequenzen rechtzeitig vorliegen haben, welche bei einer Ablehnung von wesentlichen Teilen des Sparpakets greifen würde. Die Konsequenzen einer Ablehnung des Sparpaketes oder Teile davon müssen dem Landrat vor der Beschlussfassung klar dargelegt werden.

Die obigen Massnahmen verlange ich aufgrund der Tatsache, dass bereits jetzt Aufweichungserscheinungen beim Sparwillen spürbar sind. Die seinerzeitige sog. "Einigkeit" im Think-Tank wird von der Linken/SP aus Wahlkampfgründen laufend aufgebrochen.

Der Regierungsrat wird daher beauftragt, dem Landrat eine entsprechende (zumindest vorübergehende) Anpassung bzw. Teil-Ausserkraftsetzung des Steuererhöhungsmechanismus in der Defizitbremse vorzulegen. Dabei soll die Defizitbremse umgestaltet und in eine wirksame Schulden- bzw. Ausgabenbremse (z.B. Zweidrittelmehr bei zusätzlichen Ausgaben etc.) umgewandelt werden.

Weiter wird der Regierungsrat beauftragt, einen Plan „B“ mit Aufgabenüberprüfungen für den Fall einer Teilablehnung von wesentlichen Massnahmen des Sparpakets und Folgemassnahmen bei Nichterreichen der Sanierungsziele vorzubereiten.